



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 19. März 2018
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

P 360 Postulat Lang Barbara und Mit. über die Änderung der Wochenstundentafel (WOST) im Zusammenhang mit der Aufstockung der Französischlektionen an der 5. und 6. Primarstufe auf das Schuljahr 2017/18 / Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Barbara Lang hält an ihrem Postulat fest.

Barbara Lang: Der Ablehnungsantrag der Regierung überrascht nicht. Trotz der schlechten Evaluationsergebnisse hält die Regierung am eingeschlagenen Weg fest. Nach der gewonnenen Abstimmung über die Fremdspracheninitiative hat die Regierung ihr Ziel erreicht, sie kann die beiden Fremdsprachen auf der Primarstufe unterrichten. Es gibt keinen Grund mehr, auf Biegen und Brechen an diesen zusätzlichen Lektionen festzuhalten. Dies wurde beschlossen, bevor die Ergebnisse vorlagen. In der Antwort ist zu lesen, dass die Anstellungen der Lehrpersonen vor längerer Zeit erfolgten und die Lektionen aus diesem Grund nicht abgebaut werden können. Das ist kein Argument. Einmal angestellt, heisst immer angestellt. Betreiben wir eine geschützte Werkstatt? Kein Unternehmen im Kanton kann sich das leisten; wenn in einem Betriebszweig das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht stimmt, muss gehandelt werden. Die schlechten Evaluationsergebnisse aus der Studie der Innerschweizer Bildungsdirektorenkonferenz (BKZ) sind allen bekannt. Ich fordere Sie deshalb auf, Verantwortung zu übernehmen und die Konsequenzen zu ziehen. Stimmen Sie dem Postulat zu.

Urban Sager: Die Postulantin begründet ihr Postulat mit der Ablehnung der Steuererhöhung im Mai 2017 und erklärt, entsprechend seien Massnahmen für Einsparungen gefordert. Stellt man dieser Forderung die Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage der Regierung gegenüber, ist klar ersichtlich, dass im Bildungsbereich eben keine Einsparungen erwünscht sind. Im Gegenteil, 40 Prozent der Befragten wünschen sogar mehr Ausgaben in der Volksschule. Eine überwältigende Mehrheit ist also gegen einen Abbau. Wir gehen mit der Postulantin darin einig, dass die Ziele des Französischunterrichts nicht erreicht werden. Entsprechende Studien belegen dies. Die Postulantin will aber die Abschaffung des Französischunterrichts auf der Primarstufe erreichen. Mit der deutlichen Ablehnung der Fremdspracheninitiative hat das Volk seine gegenteilige Meinung kundgetan. Nun geht es darum, die Ziele im Französischunterricht zu erreichen. Die Regierung verlangt eine zusätzliche Lektion auf der Primarstufe, damit sich die Kinder mit der Sprache auseinandersetzen können. Darin gehen wir mit der Regierung einig. Danach gilt es abzuwarten, ob die Ziele im Französischunterricht mit dieser zusätzlichen Lektion erreicht werden können. Erst danach kann abgeschätzt werden, ob diese Massnahme ihre Wirkung erzielt. Es kann aber nicht jetzt schon von einem Versagen gesprochen werden. Die SVP beklagt sich, dass unsere Schülerinnen und Schüler über zu wenig Französischkenntnisse verfügen, torpediert aber gleichzeitig sämtliche Lösungen, um diesen Zustand zu beheben.

Die SP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Thomas Grüter: Das Postulat wurde vor der Abstimmung über die Fremdspracheninitiative eingereicht. Es werden immer noch die gleichen Forderungen mit den alten Argumenten gestellt, die aber mit dieser Abstimmung und der Einführung des Lehrplans 21 auf der Primarstufe erfüllt worden sind. Die Ergebnisse der umfassenden Evaluation des Französischunterrichts haben deutlich gezeigt, dass ein früherer Beginn des Französischunterrichts nicht durch zusätzliche Lektionen auf der Sekundarstufe kompensiert werden kann. Zwar könnten die Resultate besser sein, trotzdem gewährleisten Mehrlektionen zu Beginn des Französischunterrichts eine bessere Zielerreichung. Darum ist mit der Einführung des Lehrplans 21 in der Wochenstundentafel der 5. und 6. Klasse je eine zusätzliche Lektion Französischunterricht eingesetzt worden. Es wäre grundlegend falsch, hier bereits wieder Änderungen vornehmen zu wollen. Hinzu kommt, dass die Lektionen auf der Sekundarstufe noch teurer wären als auf der Primarstufe. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab.

Claudia Huser Barmettler: Ich erlaube mir eine Vorbemerkung: Ich finde es gut, dass die SVP mit Sparvorschlägen kommt. Das ist kongruent mit ihrer Haltung, dass es in unserem Kanton keine höheren Steuern geben darf. Die GLP lehnt das Postulat klar ab. Dieser Versuch zeigt, dass es eben alles andere als leicht ist, noch mehr zu sparen, und es häufig einfach nur zu einer Verschiebung kommt. So eine Verschiebung bringt uns nichts. Wir sehen es nicht als Aufgabe unseres Parlaments, über einzelne Fächer zu bestimmen. Der Lehrplan 21 ist ein in sich stimmiges Konzept mit Vor- und Nachteilen, aber es kann nicht sein, dass wir mehr oder weniger zufällig an einzelnen Rädchen drehen, in diesem Fall beim Fach Französisch. Ob und wie man in der Primarschule heute lernt, kann ich nicht beurteilen. Unsere Schulzeit liegt doch schon einige Jahre zurück, und von unserer eigenen Schulzeit auf die heutige Schulzeit zu schliessen, ist nicht fundiert. Die GLP-Fraktion folgt dem Regierungsrat und lehnt das Postulat grossmehrheitlich ab.

Ali R. Celik: Ich nehme sowohl zum vorliegenden Postulat als auch zur Anfrage A 426 von Gaudenz Zemp Stellung. Die Postulantin sieht keinen Grund für die zusätzliche Lektion. Die Ergebnisse einer Evaluation der Französisch- und Englischkenntnisse in der 5. und 6. Klasse haben gezeigt, dass diese im Fach Französisch unbefriedigend sind. Knaben schneiden schlechter ab. Zudem wurde festgestellt, dass die Fremdsprachenkompetenz der Lernenden wesentlich mit der Anzahl der unterrichteten Lektionen zusammenhängt. Die Grüne Fraktion lehnt das Postulat ab. Wie die Regierung finden auch wir die Aufstockung der Französischlektionen richtig. Wir sind der Auffassung, dass eine frühe Förderung der französischen Sprache nützlich ist. Viele Lehrberufe sind auf gute Französischkenntnisse angewiesen, und Französisch ist eine Landessprache. Barbara Lang und Gaudenz Zemp geht es vermutlich nicht um das Lernen, sondern um die Kosten. Eine zusätzliche Lektion auf der Primarstufe ist für den Kanton jedoch kostengünstiger als auf der Sekundarstufe.

Andy Schneider: Bei genauer Betrachtung handelt es sich bei der kurzen Stellungnahme der Regierung um genau die richtige Reaktion. Die Postulantin und die Mitunterzeichnenden versuchen erneut, das Rad der Zeit zurückzudrehen. Die Fremdspracheninitiative ist von den Stimmbürgern mit einem Nein-Stimmenanteil von rund 58 Prozent abgelehnt worden. Nun wird versucht, die Aufstockung auf drei Lektionen rückgängig zu machen. Macht das Sinn? Der Regierungsrat ist gewillt, den Lernenden im Fach Französisch mit geeigneten Massnahmen möglichst kostengünstig und wirksam zu besseren Leistungen zu verhelfen. Die bürgerliche Mehrheit im Rat hat die kostenneutrale Einführung des Lehrplans 21 beschlossen. Eine Verschiebung auf die Sekundarstufe hätte sogar Mehrkosten zur Folge, die wiederum kompensiert werden müssten. Eine Verschiebung auf die Sekundarstufe würde die Wochenstundentafel im Sprachbereich belasten. Für den Lehrplan 21 ist der Ausbau der Lektionen auf der Primarstufe sehr wichtig. Nicht nur die Anzahl Lektionen ist von Bedeutung, sondern auch gut ausgebildete und motivierte Lehrpersonen sowie entsprechende Rahmenbedingungen. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Rosy Schmid-Ambauen: Dem Postulat kann durchaus etwas abgewonnen werden; auch die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass Aufwand und Ertrag im Französischunterricht in

keinem Verhältnis stehen. Die dritte Französischlektion wurde aber bereits vor einem halben Jahr eingeführt. Aus diesem Grund lehnt die FDP-Fraktion das Postulat ab. Nachdem bereits 2014 entschieden wurde, eine dritte Französischlektion einzuführen, frage ich mich, warum trotzdem eine Evaluation gemacht werden musste.

Josef Schuler: Einmal mehr wird versucht, Französischlektionen aus der Primarschule zu verbannen. Die Stellungnahme des Regierungsrates ist deutlich: Ein früher Beginn des Französischunterrichts kann durch zusätzliche Lektionen auf der Sekundarstufe nicht kompensiert werden. Insgeheim hofft die Postulantin, dass mit Sparmassnahmen Französischlektionen auf der Primarstufe abgeschafft werden könnten. Eigentlich müsste das Postulat umformuliert werden, denn infolge zusätzlicher Lektionen auf der Primarstufe müssten zur Finanzierung höhere Steuern erhoben werden. Die SP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Es ist an der Zeit, politische Entscheide zu akzeptieren. Der Lehrplan 21 wurde auf der Primarstufe im Sommer 2017 mit der entsprechenden Stundendotation aller Fächer eingeführt. Dazu gehört auch der Französischunterricht. Ich finde das Vorgehen nicht konsequent. Einerseits werden mangelnde Ergebnisse im Französischunterricht kritisiert, andererseits aber Massnahmen torpediert, die zu einer Verbesserung führen sollen. Die Forderung des Postulats ist relativ klar: Auf die Aufstockung der Französischlektionen soll auf das Schuljahr 2017/2018 verzichtet werden. Das erste Semester dieses Schuljahres ist jedoch bereits vorbei. In meinen Augen ist es deshalb müssig, über diese Forderung zu diskutieren. Es kann nicht sein, immer wieder Veränderungen herbeiführen zu wollen, und das gerade von einer Fraktion, die sich permanent über zu viele Änderungen in der Volksschule beklagt. Es wäre klüger, Geduld und Zeit in die Umsetzung zu investieren und die Ergebnisse abzuwarten. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 72 zu 30 Stimmen ab.